

Blick in die Welt

Autor(en): **Bührer, Walter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Appenzeller Kalender**

Band (Jahr): **299 (2020)**

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-880597>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Blick in die Welt

WALTER BÜHRER

Steuert die Welt unaufhaltsam auf einen «Kampf der Kulturen» zu? Oder steckt sie längst mitten drin? Als der amerikanische Politikwissenschaftler Samuel Huntington 1996 vor einem «Zusammenprall der Kulturen» («Clash of Civilizations») warnte, stiess diese These noch auf verbreiteten Widerspruch. Bewahrheitet hat sich die Vorhersage, dass die Welt multipolarer, komplexer, unübersichtlicher und unsicherer geworden ist: Die USA haben ihren Nimbus als einzige verbliebene, ordnende Weltmacht nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums eingebüsst. Ein zunehmend selbstbewusster agierendes China, ein um globale Bedeutung ringendes Russland, ein in sich gespaltenes Europa sowie ein aufstrebendes Indien haben sich als regionale Mächte etabliert. Doch ist damit auch ein «Zusammenprall der Kulturen» programmiert? Zugenommen haben die Rivalitäten vor allem zwischen China und den USA, aber auch zwischen dem Westen und Russland. Diese neuen Herausforderungen sind nicht nur machtpolitischer oder wirtschaftlicher Natur. Zwischen einem zunehmend autoritäreren China und der freiheitlichen Ordnung des Westens klaffen auch unüberbrückbare kulturelle Gegensätze: dort der unbedingte

Vorrang des Staates, hier die auf Freiheitlichkeit und Individualität gegründeten Ordnungen. Auch die islamisch-mittelöstliche Welt mit ihren religiösen Fundamentalismen bleibt eine schwer kalkulierbare Herausforderung.

Zugenommen haben die Verteilungskämpfe. Wer kann sich den grössten Anteil am globalen Kuchen sichern? Zwar sitzen letztlich alle im gleichen Boot. Doch wer ist bereit, im Kampf gegen die Erderwärmung, zur Bewahrung der Artenvielfalt, gegen die Verseuchung der Luft und der Meere oder gegen die Vernichtung von Regenwäldern Opfer zu erbringen? Wer nimmt Abstriche am eigenen Wohlstand und an seinen Ansprüchen in Kauf? Nicht erst seit dem derzeitigen US-Präsidenten Donald

Trump haben Staaten damit begonnen, ihre Eigeninteressen in den Vordergrund zu stellen.

Trotz allen pessimistischen Prognosen bleibt jedoch auch festzuhalten: Nie ist es der Menschheit materiell besser gegangen als heute. Nie haben so viele Menschen weltweit in Sicherheit und einem gewissen Wohlstand leben können wie heute. Nie zuvor war die Lebenserwartung im Durchschnitt höher, nie waren im Kampf gegen Krankheiten so viele Erfolg zu verzeichnen. Und nie zuvor haben mehr Menschen dank modernen Kommunikationsmitteln an Informationen und wissenschaftlichen Errungenschaften teilhaben können als heute.

Doch die Menschheit wächst weiter. Nicht mehr ungebremst zwar: In Europa und weiten Tei-



Bild: Keystone-SDA

Bereits 2050 werden voraussichtlich über 10 Milliarden Menschen auf der Erde leben (Bild: Junge Frauen in Ghana).

len Asiens und und Amerikas ist der Zuwachs kleiner oder sogar rückläufig geworden. Nicht so in Afrika, wo das Bevölkerungswachstum scheinbar unaufhaltsam weitergeht. Ende 2018 betrug die Weltbevölkerung laut Uno-Angaben 7,67 Milliarden Menschen. Nach dem wahrscheinlichsten Szenario dürfte sie sich bis 2050 auf über 10 Milliarden und bis 2100 auf über 11 Milliarden Menschen vergrößern. Es wird enger auf dem Planeten Erde. Die Artenvielfalt nimmt dramatisch ab. Erschwert werden die Bemühungen zur globalen Begrenzung der Schadstoffe, und auszugehen ist auch von einer weiteren Zunahme der Migrationsbewegungen.

Islamistischer Terror

Von einem «Kampf der Kulturen» war bisher insbesondere mit Blick auf den islamistischen Terrorismus die Rede. Auch in der Berichtsperiode verging kaum ein Tag ohne Selbstmordanschläge. Im Brennpunkt standen die mittelöstlichen und afrikanischen Unruhegebiete wie Syrien, Irak, Jemen, Libyen, Afghanistan, Pakistan, Somalia, Mali, Nigeria. Meist richteten sich diese Anschläge gegen Exponenten der betreffenden Staaten, mitunter aber auch gezielt gegen Hotels, in denen Ausländer verkehrten, oder gegen Kirchen. Der folgenschwerste Terroranschlag ereignete sich am 21. April 2019, am Ostersonntagmorgen, in Sri Lanka. In und



Bild: Keystone-SDA

Srilankische Sicherheitskräfte vor der St. Antony's Church in Colombo, die am 21. April 2019 Ziel eines Terroranschlags war.

um die Hauptstadt Colombo detonierten in kurzen Abständen Sprengsätze, die mindestens 253 Menschen in den Tod rissen und 485 Verletzte forderten. Die Selbstmordanschläge richteten sich gegen drei Kirchen – die Bomben wurden während des Gottesdienstes gezündet – sowie gegen vier Luxushotels; hier zielten die Attentäter vor allem gegen ausländische Gäste. Laut den srilankischen Behörden gehörten sie alle einer radikalen islamistischen Splittergruppe (National Thowheed Jamaath) an. Dass sie auch Verbindungen zu ausländischen Terror-Netzwerken hatten, galt von Anfang an als sehr wahrscheinlich. Der Islamische Staat (IS) bekannte sich zu den Anschlägen und veröffentlichte ein Video, in welchem die Attentäter dem IS Treue schwuren. In einer Videobot-

schaft bezeichnete IS-Chef Baghdadi die Anschlagsserie als Racheakt für den Zusammenbruch des IS-Kalifats in Syrien. Ob auch der Anschlag auf zwei Moscheen in Christchurch eine Rolle spielte, wie die srilankische Regierung bekanntgab, blieb eine Vermutung: Ein aus Australien stammender Fanatiker hatte am 15. März mit halbautomatischen Waffen auf muslimische Gläubige geschossen, die sich zum Freitagsgebet versammelt hatten. 50 Menschen wurden getötet, 60 verletzt.

Die Anschläge von Sri Lanka offenbarten, dass weiterhin weltweit mit Terrorangriffen islamistischer Organisationen zu rechnen war. Zwar verlor der IS in der Berichtsperiode die letzten Rückzugsgebiete, die ihm noch geblieben waren (nachdem er bereits aus Irak vertrieben worden war). Am 23. März 2019 fiel die Grenzstadt Baghuz am Euphrat nach einer mehrwöchigen Offensive in die Hand der Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF). Frankreich, Grossbritannien und die USA unterstützten die mehrheitlich kurdischen Verbände mit Luftangriffen und Artillerie. Die SDF proklamierten das Ende des Islamischen Staats auf syrischem Boden; doch Tausende von IS-Kämpfern stellten weiterhin eine Gefahr für ihre jeweiligen Heimatstaaten dar. Manche (wie etwa die Schweiz) waren alles andere als erpicht darauf, sie zurückzunehmen, sondern forderten ihre Aburteilung in jenen Staaten, in

denen sie ihre Verbrechen begangen hatten. – Im bevölkerungsreichen Westen Syriens setzten die Regierungsstreitkräfte ihren Vormarsch gegen die letzten Rebellenhochburgen um Idlib fort. Unterstützt wurde das Assad-Regime weiterhin von Russland und Iran. Allerdings machte Israel deutlich, dass es eine dauernde Präsenz iranischer Revolutionsgarden im Nachbarland Syrien nicht hinzunehmen bereit war; mehrfach griffen israelische Kampfflugzeuge Stützpunkte der Iraner oder der Hizbollah-Milizen an.

Mörderischer Mittlerer Osten

Im Nahostkonflikt zwischen Israel und den Palästinensern bewegte sich wenig. Weder auf israelischer noch auf palästinensischer Seite gab es Anläufe, den Friedensprozess neu zu beleben. Die Palästinenser blieben untereinander zerstritten: In der provisorischen Hauptstadt Ramallah gab weiterhin die PLO unter Präsident Mahmud Abbas den Ton an; im Gazastreifen dominierte die radikale Hamas. Raketenangriffe aus dem Gazastreifen auf Israel wurden wie in den Vorjahren mit aller Härte beantwortet. Zu leiden hatte wie immer die lokale Bevölkerung. Die einzige Bewegung kam von seiten der amerikanischen Regierung. Präsident Trump kündigte an, die US-Botschaft nach Jerusalem zu verlegen. Seit den neunziger Jahren hatte der Kongress dies wiederholt gefordert; doch

kein Präsident vor Trump hatte diesen Schritt aus Furcht vor negativen Reaktionen aus der islamischen Welt zu tun gewagt. Am 25. März anerkannte Trump zudem die Golanhöhen als Bestandteil Israels. Die israelische Regierung unter Premier Benjamin Netanyahu setzte ihrerseits voll auf die Karte Sicherheit: Im Februar kündigte Netanyahu den Bau eines 65 Kilometer langen und sechs Meter hohen Grenzzauns zum Gazastreifen an. Die kompromisslose Härte im Umgang mit den Palästinensern zahlte sich politisch aus: Bei vorgezogenen Parlamentswahlen am 9. April 2019 behielt das von Netanyahu geführte Parteienbündnis die Mehrheit (gegen die von Benny Gantz, einem ehemaligen Generalstabschef, angeführte Opposition). Dies, obschon gegen Benjamin Netanyahu ein Verfahren wegen Korruption am Laufen war.

In Saudi-Arabien hatte Kronprinz Mohammed bin Salman 2017 für positives Aufsehen gesorgt, als er Reformen zugunsten der Frauen ankündigte. Inzwischen wurde jedoch klar, dass deren Reichweite beschränkt ist. Meinungsfreiheit oder eine Abkehr vom archaischen Justizsystem (mit Auspeitschungen, Amputationen, Steinigungen und Todesstrafen selbst für Jugendliche) waren auch unter dem neuen Kronprinzen kein Thema. Einer der führenden Publizisten Saudi-Arabiens, Jamal Kashoggi, hatte sich 2017 in die USA abgesetzt und von dort aus das saudi-

sche Regime und speziell den Kronprinzen kritisiert. Damit schuf er sich offenbar tödliche Feinde. Nachdem er am 2. Oktober 2018 das saudische Konsulat in Istanbul betreten hatte, blieb Kashoggi vermisst. Rasch verdichtete sich der Verdacht, der Mann sei im Konsulat umgebracht worden. Erst nach mehr als zwei Wochen gestand Saudi-Arabien die Tötung ein. Laut türkischen Ermittlungen waren 15 Personen mit dem Ziel eingereist, Kashoggi umzubringen. Die Aktion löste weltweites Entsetzen aus. Einige Staaten stoppten ihre Waffenausfuhren nach Saudi-Arabien. Riad versprach zwar, den Attentätern den Prozess zu machen. Am Kronprinzen blieb jedoch der Verdacht haften, den Mord an Kashoggi persönlich angeordnet zu haben.

Seit 2015 engagierte sich das Königreich Saudi-Arabien an der Seite der jemenitischen Regierung gegen die Huthi-Rebellen, die zeitweise einen Grossteil des Berglandes im Südwesten der arabischen Halbinsel kontrollierten. Logistische Unterstützung leisteten auch die USA und Frankreich. Angesichts der unermesslichen Opfer, die dieser Krieg auch unter der Zivilbevölkerung forderte, verlangte der US-Kongress im April 2019 ein Ende des Engagements in Jemen.

Auch in Afghanistan war kein Ende des Krieges in Sicht. Immerhin konnten im Oktober 2018 Parlamentswahlen stattfinden; trotz Störmanövern der Taliban-Aufständischen gingen

überraschend viele Afghaninnen und Afghanen an die Urnen. Laut US-Angaben befanden sich 229 von 407 Distrikten unter Kontrolle der Regierung, 79 unter Taliban-Kontrolle, und die restlichen 119 Distrikte waren zwischen Taliban und Regierung umkämpft. Seit Jahren zeichnete sich ab, dass der Krieg gegen die Taliban militärisch nicht zu gewinnen war. Mehrere Länder, unter ihnen Deutschland, hatten deshalb ihr Engagement in Afghanistan beendet. Auch US-Präsident Trump erklärte mehrfach seinen Willen, die in Afghanistan verbliebenen US-Soldaten abzuziehen. Der US-Kongress warnte jedoch Anfang 2019 vor einem solchen Schritt – so lange nicht sichergestellt sei, dass das Land nicht erneut zu einem Schlupfloch für al-Kaida-Terroristen und IS-Leute würde. Seit Sommer 2018 liefen direkte Verhandlungen zwischen den USA und den Taliban – mit dem Ziel, nach einem Abzug der ausländischen Truppen eine stabile Friedensordnung für das Land zu erreichen und ein Wiedereinsickern von Terroristen zu verhindern.

Christen unter Druck

In der islamischen Welt nahm auch der Druck auf christliche Gemeinden spürbar zu: In Ägypten kam es wiederholt zu Anschlägen gegen Gotteshäuser der koptisch-christlichen Minderheit. In Irak, wo rund 1,5 Millionen Christen leben, häuften sich Übergriffe gegen christliche Kir-

chen und Einrichtungen. Auch in der Türkei werden Christen diskriminiert. In mehreren islamischen Ländern, besonders in Iran und Afghanistan, kann der Übertritt zum Christentum mit dem Tod bestraft werden. Besonders schlimm präsentiert sich die Lage in Saudi-Arabien, Libyen und Somalia. In Nigeria, wo in elf Provinzen das Rechtssystem der Scharia gilt, kam es wiederholt zur Vertreibung von Christen. Die radikal-islamische Organisation Boko Haram wendet sich mit ihren Terroranschlägen vorab gegen Christen und gemässigte Moslems. Weltweit werden gemäss Informationen der Hilfsorganisation Open Doors bis zu 200 Millionen Christen verfolgt.

Auch in Pakistan leben Christen gefährlich. Für weltweites Aufsehen sorgte der Fall Asia Bibi: Die Frau, eine einfache Landarbeiterin, hatte sich 2009 angeblich negativ über den Propheten Mohammed geäußert. Sie war daraufhin wegen Verstoßes gegen das Gotteslästerungsgesetz zum Tod verurteilt worden. Es dauerte fast zehn Jahre, bis der Oberste Gerichtshof Pakistans Asia Bibi freisprach und das Todesurteil aufhob. Ende Januar 2019 wurde die Frau endlich freigelassen; sie konnte nach Kanada ausreisen. – Auch in Indonesien, wo Christen und Moslems traditionell ein gutes Verhältnis hatten, blieb die Islamisierungswelle nicht ohne Folgen. Besonders im Norden Sumatras, in Aceh, sowie auf der Insel Java,

nahm der Druck auf Christen spürbar zu. Mehrfach kam es zu Anschlägen radikal-muslimischer Gruppen sowie zu Übergriffen auf Kirchen. Symptomatisch ist der Fall des Politikers Basuki Tjahaja Purnama. Der chinesischstämmige Christ war 2014, als enger Gefolgsmann des amtierenden Präsidenten Joko Widodo, Gouverneur von Jakarta geworden. Im Wahlkampf 2017 wurde ihm vorgeworfen, sich abschätzig über den Koran geäußert zu haben. Tatsächlich hatte er gesagt, die Wähler sollten sich nicht von der 5. Koransure leiten lassen, die Muslime davor warnt, mit Christen und Juden befreundet zu sein. Basuki verlor sein Amt. Zudem verurteilte ihn ein Distriktgericht zu zwei Jahren Haft – wegen Verstoßes gegen das Blasphemiegesetz. Joko Widodo schaffte zwar im Frühjahr 2019 die Wiederwahl als Präsident Indonesiens. Mit 55 Prozent der Stimmen setzte er sich jedoch relativ knapp gegen einen islamistischen Herausforderer durch.

Drohende Töne aus Peking

Ist der «Kampf der Kulturen» zwischen islamischer Welt und säkularisiertem Westen offenkundig, zeichnet sich ein solcher immer stärker auch zwischen dem kommunistischen China und dem Westen ab. Die beiden ersten Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts werden wohl in die Geschichte als jener Zeitraum eingehen, in der sich Chinas

Aufstieg zur bestimmenden Weltmacht definitiv abzuzeichnen begann. Im Südchinesischen Meer pocht die Volksrepublik auf unumschränkte Souveränitätsansprüche – ohne Rücksicht auf das Völkerrecht und die Ansprüche anderer Nationen wie Vietnam, Philippinen, Malaysia und Indonesien. Drohende Töne äusserte Staats- und Parteichef Xi Jinping auch gegenüber Taiwan: Gleich zu Beginn des Jahres 2019 erklärte er in einer Rede, dass China Taiwan nötigenfalls «mit Gewalt» zur Wiedervereinigung zwingen werde. Die Volksrepublik unterstrich diese Drohung zusätzlich mit Luft- und Seemanövern vor den Küsten Taiwans. Auch gegenüber der eigenen Bevölkerung zog das Regime die Schraube an: Zwar können die Chinesen heute fast uneingeschränkt reisen, und im Durchschnitt verfügen sie über mehr Mittel und Einkommen als je zuvor in ihrer Geschichte. Aber gleichzeitig verstärkt das

Regime die Überwachung der Bürger. Auch im Internet schreiten die Kontrollen und Einschränkungen weiter voran. In Hongkong wurden Demokratieaktivisten von einer willfährigen Justiz zu Freiheitsstrafen verurteilt. In Tibet und Xinjiang unterdrückt China die lokalen Bevölkerungen mehr denn je. Laut glaubwürdigen Informationen von Menschenrechtsorganisation sollen mehr als eine Million moslemische Uiguren in Xinjiang in Umerziehungslagern festgehalten werden.

«Neue Seidenstrasse»

Parallel dazu treibt die Volksrepublik ihre aussen- und wirtschaftspolitischen Ambitionen voran. 2013 stellte Staatschef Xi Jinping das Projekt einer «Neuen Seidenstrasse» vor – oder wie es chinesischerseits benannt wird: die «One Belt, One Road»-Initiative (BRI). Mit diesem gigantischen Infrastrukturprojekt will

China seine Verbindungen nach Europa und Afrika ausbauen. Die Volksrepublik knüpft damit an alte Handelsrouten an, die das Reich der Mitte mit Europa verbanden. Geplant sind im Rahmen der Belt and Road-Initiative mindestens sechs Strassen- oder Eisenbahnkorridore durch Zentralasien bzw. durch Südostasien, Bangladesh, Indien und Pakistan zu Häfen am Indischen Ozean. Auch in Afrika sind zahlreiche Infrastrukturprojekte am Laufen. Für den Ausbau der «maritimen Seidenstrasse» von chinesischen Häfen durch den Indischen Ozean, das Rote Meer und das Mittelmeer investiert China in grossem Stil in Hafenanlagen. Bis 2019 wurden Kredite in der Gesamthöhe von schätzungsweise 200 Milliarden US-Dollar zugesagt. Bis 2013 könnten sich die gesamten Investitionen im Rahmen der «Neuen Seidenstrasse» auf über 1,1 Billionen US-Dollar belaufen. So wie das Projekt aufgegleist wurde, betrifft es heute rund 65 Prozent der Weltbevölkerung und über 35 Prozent des Welthandels.

Der Geldsegen aus China verleitet indessen nicht wenige Staaten dazu, sich übermässig zu verschulden. Besonders gefährdet sind arme Länder in Süd- und Südostasiens, Afrikas und Zentralasiens. In dieser Schuldenfalle sitzen bereits Staaten wie Sri Lanka, Myanmar und Kambodscha. Sri Lanka, das seinen Schuldenzahlungen nicht mehr nachkommen konnte, musste den Hafen und ein In-



Chinas Initiative zur Neuen Seidenstrasse.

dustriegebiet bei Hambantota für 99 Jahre an den chinesischen Staatskonzern China Merchant Port Holdings verpfänden. Auch in Myanmar und Bangladesh fand ein Umdenken statt. Malaysia stoppte nach dem Regierungsantritt Premierminister Mahathir Mohammads im August 2018 den geplanten Bau des Bahnprojekts East Coast Rail Link (ECRL) sowie zweier Gaspipeline-Projekte, die China einen Zugang zum Indischen Ozean verschafft hätten. Gleichzeitig warnte Mahathir vor dem wachsenden Einfluss Chinas in armen Ländern (im April 2019 wurde allerdings bekannt, dass Malaysia das ECRL-Projekt doch realisieren will, dies jedoch zu wesentlich günstigeren Konditionen). Wie China seine Macht gegenüber armen asiatischen Staaten ausspielt, verdeutlicht das Beispiel Laos. Die Chinesen bauen momentan eine Hochleistungs-Eisenbahnverbindung von Kunming zur laotischen Hauptstadt Vientiane. Fertiggestellt soll das Projekt 2021 sein; die Gesamtkosten sind auf 5,7 Mrd. USD budgetiert. 70 Prozent davon übernimmt China. Mit dem Projekt soll der Anschluss ans thailändische Eisenbahnnetz und letztlich bis hinunter nach Singapur realisiert werden. Laos bürgt für die Kredite mit seinem Reichtum an Bodenschätzen. Ausserdem musste das kleine Bergland den Chinesen exklusive Landrechte entlang der Eisenbahnstrecke zugestehen. Mit der Bahn ver-

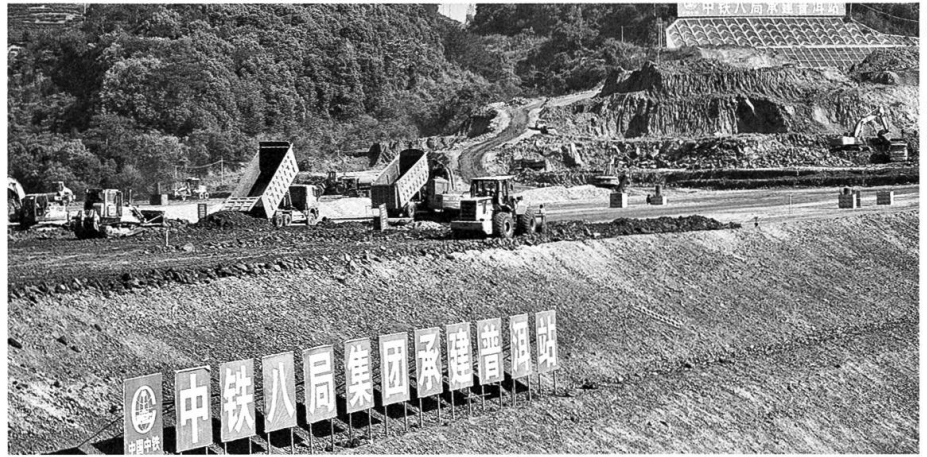


Bild: Keystone-SDA

An der Hochleistungs-Eisenbahnstrecke zwischen Kunming und der laotischen Hauptstadt Vientiane wird mit Hochdruck gearbeitet.

schuldet sich Laos bis zu 80 Prozent seines Bruttoinlandprodukts; es gehört damit zu den am stärksten verschuldeten Staaten der Welt. Allein die Zinszahlungen werden 20 Prozent der gesamten Staatsausgaben verschlingen. Nordlaos gleicht momentan einer gigantischen Baustelle. Neben der Eisenbahn treibt China auch zahlreiche Strassenbauten und Staudammprojekte voran. Dies grösstenteils mit eigenen Ingenieuren und Arbeitern. Für Laoten fällt bisher wenig ab – abgesehen davon, dass viele ihre Häuser und Felder verlieren. Befürchtet wird, dass mit den neuen Verkehrsverbindungen auch weitere Hunderttausende von Chinesen ins Land kommen und dort die wirtschaftlichen Geschicke übernehmen werden.

Gemein- oder Eigennutz?

Dass China mit der Belt-and-Road-Initiative in erster Linie Eigeninteressen verfolgt, wird

zwar mittlerweile kaum mehr bestritten, aber weitherum beschönigt (so von Bundespräsident Ueli Maurer, der Kritik an der «Neuen Seidenstrasse» bei seinem Besuch in China im April 2019 kurzerhand als «kleinkariert» abtat). Tatsächlich gehen die Chinesen ausserordentlich geschickt vor: Sie schliessen mit jedem Land separat Verträge ab. So wurde Italien im Frühjahr 2019 zum Partnerstaat am anderen Ende der «Neuen Seidenstrasse» erkoren (mit chinesischen Milliarden-Investitionen für die Häfen Genua und Trieste). Griechenland liess sich von China den Hafen von Piräus sanieren. Die meisten osteuropäischen Staaten wurden ebenso mit milliardenschweren Infrastruktur-Darlehen geködert. Auch die Schweiz liess sich einbinden: Maurer unterzeichnete in Peking eine «Absichtserklärung» zur «Neuen Seidenstrasse». Dies ungeachtet der Skepsis, mit der die grossen EU-Staaten den chinesischen Zugriff

auf Europa betrachten. Der wachsenden Kritik versuchte Staatschef Xi Jinping am zweiten Belt-and-Road-Forum Ende April in Peking den Wind aus den Segeln zu nehmen: Die BRI werde grün, sauber und transparent sein, versprach Xi. Die Fakten sprechen jedoch eine andere Sprache: Wo chinesische Kredite im Spiel sind, kamen bisher zu 90 Prozent chinesische Konzerne zum Zug. Chinesische Firmenscheren sich im allgemeinen wenig um die Umwelt, bringen meist ihre eigenen Arbeitskräfte mit, lokale Arbeitnehmer gehen leer aus.

Chinas Ambitionen werden naturgemäß auch in den USA als Herausforderung betrachtet. Der Handelsstreit zwischen den beiden Ländern eskalierte in der Berichtsperiode weiter: Am 17. September 2018 verhängte die US-Regierung weitere Strafzölle in der Höhe von rund 200 Milliarden Dollar; kurz darauf revanchierte sich Peking mit der Erhebung eigener Zölle auf US-Produkte im Umfang von 60 Mrd. USD. Ins Visier der US-Behörden geriet besonders das Telekom-Unternehmen Huawei. Auf US-Antrag wurde die Finanzchefin des Konzerns, die Tochter des Firmengründers, in Kanada festgesetzt, was in China wütende Proteste auslöste. Seitens der USA wurde Huawei jedoch als verlängerter Arm der Pekinger Regierung wahrgenommen. Weltweit übte Washington Druck auf verbündete Staaten aus, sich bei der Einführung der

5G-Technologie nicht auf Huawei abzustützen.

Trumps Notstand

2018 war in den USA ein Zwischenwahljahr. Nach dem amerikanischen Wahlrecht sind alle zwei Jahre ein Drittel der Senatoren und das gesamte Repräsentantenhaus neu zu wählen. Normalerweise vermitteln die Halbzeitwahlen auch ein Stimmungsbild für den amtierenden Präsidenten. Entgegen den meisten Erwartungen vermochten die Republikaner ihre Mehrheit im Senat noch leicht auszubauen. Im Repräsentantenhaus verlor die Partei von Präsident Trump hingegen die Mehrheit an die oppositionellen Demokraten. Für Trump wurde das Regieren damit schwieriger. Insbesondere im Budgetprozess bekamen die Demokraten die Möglichkeit, einzelne Vorhaben des Präsidenten zu blockieren. So führte das Tau-

ziehen um einen Kredit von 4,5 Milliarden US-Dollar für den Bau eines Grenzzauns an der Grenze zu Mexiko zu einem wochenlangen Government Shutdown (weil das Budget des Landes nicht verabschiedet werden konnte). Erst nach 35 Tagen ging dieser längste Shutdown zu Ende, nachdem die Republikaner die Aussichtslosigkeit ihrer Position eingesehen hatten. Trump erklärte daraufhin den «nationalen Notstand» und verlegte 5800 Soldaten an die Grenze nach Mexiko. Tatsächlich hatte sich die Lage an der Südgrenze seit dem zweiten Halbjahr 2018 markant zuge-spitzt. Immer mehr Immigranten aus Honduras, Guatemala und El Salvador begehren an den Grenz-übergängen Asyl. Im März 2019 betrug die Zahl dieser Neuan-kömmlinge bereits gegen 100 000, was die Einwanderungsbehörden zunehmend überforderte.

Einen innenpolitischen Erfolg konnte Trump mit der Ernen-



Bild: Keystone-SDA

Mexikanische Kinder am Grenzzaun zwischen Mexiko und den USA bei Anapra im Bundesstaat Chihuahua.

nung des konservativen Juristen Brett Kavanaugh zum neuen Mitglied des Obersten Gerichts verzeichnen. Gegen Kavanaugh machten mehrere Frauen geltend, er habe sie in seiner Jugend sexuell belästigt; diese Vorwürfe liessen sich jedoch nicht erhärten. Auch der ehemalige US-Vizepräsident Joe Biden sah sich ähnlicher Kritik (aus den Reihen der eigenen Demokraten) ausgesetzt, bevor er seine Kandidatur für die Präsidentschaft für 2020 anmeldete. Das scheint in den USA inzwischen an der Tagesordnung zu sein, um unliebsame Kandidaturen zu verhindern.

Unter Druck sah sich Donald Trump mehr denn je wegen möglicher illegaler Verbindungen seines Teams mit Russland während des Wahlkampfes 2016. Gegen mehrere Mitarbeiter Trumps wurde formell Anklage erhoben. In seinem Abschlussbericht kam Sonderermittler Robert Mueller, ein ehemaliger FBI-Direktor, jedoch zum Schluss, es gebe keinen Nachweis strafbarer Absprachen mit Russland, obschon staatliche russische Akteure versucht hätten, den Wahlkampf zu beeinflussen. Die Frage, ob Trump die Ermittlungen in strafbarer Weise behindert habe, liess Mueller offen.

Auftakt zum Frieden?

Gross waren die Erwartungen gewesen, als sich US-Präsident Trump und der nordkoreanische Machthaber Kim Jong-Un im Juni 2018 in Singapur zu einer

ersten persönlichen Begegnung trafen. Trump sprach danach von einem «guten Auftakt zum Frieden». Nordkorea beteuerte seinen Willen zur Denuklearisierung; die USA erklärten sich zu Sicherheitsgarantien bereit. Hingegen weigerte sich Trump, die Sanktionen ohne konkrete Abrüstungsschritte zu lockern. Am 27. Februar 2019 trafen sich Trump und Kim zu einem weiteren Gipfelgespräch, diesmal in Hanoi. Das Treffen endete ergebnislos; eine gemeinsame Erklärung kam nicht zustande. Trump bestand auf einer vollständigen atomaren Abrüstung Nordkoreas, Kim forderte eine rasche Aufhebung der Sanktionen. Es blieb bei Beteuerungen, die Gespräche weiterzuführen.

Wegen Trumps Forderung, dass sich die europäischen Nato-Staaten vermehrt an den finanziellen Lasten der gemeinsamen Verteidigung zu beteiligen hätten, und wegen des Handelsstreits blieben die Beziehungen zwischen den USA und Europa unterkühlt. Auch der Streit um das iranische Atomwaffenprogramm belastete das transatlantische Verhältnis. Während Washington die Sanktionen gegen Teheran verschärfte und namentlich Ölexporte zu unterbinden trachtete, hielten die europäischen Länder am Atomabkommen fest, um Iran vom Bau von Atomwaffen abzuhalten. Iran seinerseits drohte damit, aus dem Vertrag auszusteigen, falls sich die europäischen Staaten den amerikanischen Sanktionen

nicht widersetzen würden. Genau ein Jahr nach dem Ausstieg der Amerikaner aus dem Atomabkommen machte Teheran seine Drohung wahr. Das iranische Regime kündigte an, es werde die überschüssigen Mengen an leicht angereichertem Uran und schwerem Wasser künftig nicht mehr verkaufen, wie das Abkommen verlangte, sondern selber lagern. Die USA reagierten mit einer weiteren Verschärfung der Sanktionen. Im Mai 2019 steuerte die Krise auf einen Höhepunkt zu, als die US-Regierung Flugzeugträger und Kriegsschiffe in den Persischen Golf verlegte.

Globale grüne Bewegung

Wahrscheinlich war es nicht zuletzt Trump zuzuschreiben, dass der Schutz des Klimas und der Kampf gegen die Erderwärmung weltweit in den Vordergrund rückten. Zur Ikone der Bewegung wurde die 16jährige Schwedin Greta Thunberg. Ihr Aufruf zu Schülerstreiks fand weit über Schweden hinaus Beachtung. Daraus wurde rasch eine globale Bewegung («FFF» – Fridays for Future), die sich für Klimaschutz einsetzt. Am 15. März gingen weltweit an die 1,8 Millionen Schülerinnen und Schüler auf die Strasse, um sich für die Einhaltung der Klimaschutz-Abkommen und für einen wirksamen Abbau der CO₂-Emissionen einzusetzen. Die Schülerstreiks zeigten auch politische Wirkung. Viele Erwachsene solidarisierten

sich mit den Jugendlichen, die ihre Zukunft in Gefahr wännen.

In manchen Ländern, in denen Wahlen stattfanden, schnitten grüne Parteien besonders gut ab. So verzeichneten die deutschen Grünen bei den Landtagswahlen in Bayern (am 14. Oktober) einen Stimmenzuwachs von 9,0 Prozent und wurde mit 17,6 zweitstärkste Partei, während die regierende CSU 10,5 Prozent einbüßte und noch auf 37,2 Prozent kam. Die SPD verlor 10,9 Prozent und stürzte auf 9,7 Prozent ab. Die «Alternative für Deutschland» (AfD) zog mit 10,2 Prozent zum ersten Mal in den bayerischen Landtag ein. Auch bei den den Landtagswahlen in Hessen (am 28. Oktober) resultierten massive Verluste für die CDU (minus 11,3 Prozent, noch 27,0 Prozent) und die SPD (minus 10,9 Prozent, noch 19,8 Prozent), während die Grünen um 8,7 Prozent auf 19,8 Prozent und die AfD um 9,0 Prozent auf 13,1 Prozent zulegen konnten. Diese Verschiebungen blieben nicht ohne bundespolitische Auswirkungen: Bundeskanzlerin Angela Merkel verzichtete auf den Vorsitz der CDU. Als Nachfolgerin wurde Annegret Kramp-Karrenbauer, Generalsekretärin der Partei und frühere Ministerpräsidentin des Saarlandes, gewählt.

Gelähmtes Europa

In Frankreich sah sich der 2017 glanzvoll gewählte Präsident Emmanuel Macron mit einer Protestbewegung konfrontiert,



Bild: Keystone-SDA

Ikone der weltweiten Klimaschutzbewegung: die 16jährige schwedische Aktivistin Greta Thunberg.

wie es sie nie zuvor in Frankreich gegeben hatte. Der Protest der sogenannten «Gelbwesten» entzündete sich an einer Energieabgabe, welche die Regierung zur Finanzierung der Energiewende dekretiert hatte. Seit Oktober demonstrierten jeweils an Samstagen Tausende von Bürgern in gelben Westen («gilets jaunes»). Die Protest richteten sich immer mehr gegen das gesamte politische System; an vielen Orten waren sie von massiver Gewalt begleitet. Präsident Macron suchte zwar den Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern, verlor jedoch zusehends an Glaubwürdigkeit. Auch der Brand, der die Pariser Kathedrale Notre-Dame Mitte April 2019 teilweise zerstörte, entzog den Protesten nicht den Boden. Sie einte die Franzosen wie selten zuvor; innerhalb weniger Tage kamen durch Spendenaktionen mehr als 1 Milliarde Euros für den Wiederaufbau zusammen.

Italien, Ungarn und Polen blieben fest in der Hand rechts-

populistischer Regierungen. Einzig Spaniens Wählerinnen und Wähler setzten Ende April einen Kontrapunkt, indem sie die Sozialdemokraten (PSOE) unter ihrem charismatischen Parteichef Pedro Sanchez bei vorgezogenen Neuwahlen zur stärksten Kraft im Land erkoren. Der PSOE gewann 6,1 Prozent der Stimmen hinzu und kam auf 28,7 Prozent. Einen Absturz erlitt der konservative Partido Popular (PP), dessen Stimmenanteil sich auf 16,7 Prozent halbierte. Neu zog die rechtspopulistische Vox mit 10,3 Prozent ins spanische Parlament ein.

Eine beispiellose Regierungskrise erlebte Österreich: Die Koalition aus Volkspartei (ÖVP) und Freiheitlicher Partei (FPÖ) brach auseinander, nachdem ein Video aufgetaucht war, das Vizekanzler Strache (FPÖ) zeigte, wie er 2017 einer vermeintlichen russischen Oligarchin Staatsaufträge für Wahlkampfspenden in Aussicht gestellt hatte. Mit Strache traten alle FPÖ-Minister aus der Regierung zurück, nachdem Bundeskanzler Sebastian Kurz auch den Innenminister, Herbert Kickl (FPÖ), für untragbar erklärt hatte.

Europa sah sich auch 2018/19 durch die ungelöste «Brexit»-Frage gelähmt. Nach dem Austrittsvotum der Briten 2016 hatte Premierministerin Theresa May Anfang 2017 einen «harten» Brexit angekündigt, der ein Auscheiden Grossbritanniens aus dem europäischen Binnenmarkt, der Zollunion und der Jurisdiktion

on des Europäischen Gerichtshofes vorsah. 2018 einigten sich die Verhandlungsführer auf einen entsprechenden Austrittsvertrag. Doch dreimal sagte das Unterhaus Nein zum Verhandlungsergebnis. Ungelöste Knacknuss blieb die Frage, wie eine Zollgrenze zwischen der Irischen Republik und dem britischen Nordirland vermieden werden kann. Damit drohte für den ursprünglich festgesetzten Austrittstermin am 29. März 2019 eine unregelte Situation. Um eine solche zu vermeiden, verlängerten die EU-Staaten die Frist bis zum 31. Oktober 2019. – Einen Lichtblick erlebte Südosteuropa: Griechenland und Mazedonien legten ihren bitteren Streit trotz beidseits grosser interner Opposition bei: Seit Februar 2019 heisst die Republik im Norden Griechenlands offiziell «Nord-Mazedonien».

Entgegen allen Prognosen wurde Australiens liberal-konservative Regierungskoalition unter Premier Scott Morrison in

den Parlamentswahlen vom 18. Mai erneut bestätigt. Auch in Indien, wo über 600 Millionen Menschen zu den Wahlurnen gingen, konnte sich die amtierende hinduistisch-nationalistische Regierung unter Premierminister Narendra Modi im Amt behaupten.

Machtkampf in Venezuela

Keine Lösung zeichnete sich im Machtkampf in Venezuela ab: Die Sozialisten, die das ölreichste Land Lateinamerikas unter Hugo Chavez und Nicolas Maduro in die wirtschaftliche Katastrophe geführt hatten, behaupteten ihre Macht nur dank der Unterstützung des Militärs und organisierter Schlägertrupps. Auch Kuba, Russland und China leisteten dem Regime Gefolgschaft. Versorgungsengpässe und eine galoppierende Inflation setzten der Bevölkerung hart zu; auch die Stromversorgung brach wiederholt zusammen. Die Armutsquote erreichte nach glaub-

würdigen Berichten über 80 Prozent. Hunderttausende suchten in den Nachbarländern Zuflucht. Der Opposition fehlte indessen die Schlagkraft, einen Machtwechsel herbeizuführen. Am 23. Januar erklärte sich Parlamentspräsident Juan Guaido zum Übergangspräsidenten und wurde umgehend von den USA und den meisten europäischen Staaten anerkannt. Zwar zögerte das Regime, Guaido wie andere Oppositionsführer verhaften zu lassen. Ein Ende des Machtkampfes war indessen bei Redaktionsschluss nicht abzusehen.

In Afrika mussten zwei Langzeitherrscher ihre Sessel räumen: In Algerien wollte der schwerkranke Präsident Abd el-Aziz Bouteflika (seit 1999) am 18. April für eine weitere Amtszeit antreten, zog seine Kandidatur jedoch nach landesweiten Protesten zurück. – Ebenfalls nach Unruhen in der Bevölkerung verlor Sudans Staatspräsident (seit 1993) Omar al-Baschir sein Amt; er wurde vom Militär durch einen Staatsstreich abgesetzt.

In der Ukraine setzte sich der Schauspieler Wolodimir Selenski in der Stichwahl um das Präsidentenamt am 21. April 2019 mit 73 Prozent der abgegebenen Stimmen gegen Amtsinhaber Petro Poroschenko durch. Auf Selenski ruhten nicht zuletzt die Hoffnungen auf ein besseres Verhältnis mit Russland und eine Lösung im Konflikt um die Ostukraine. Auch das zentralasiatische Land Armenien erlebte 2018 einen Machtwechsel, der



Bild: Keystone-SDA

Symbolhaft für die Probleme der Präsidentschaft Macron: Am 15. April brannte die Pariser Kathedrale Notre-Dame teilweise nieder.

das alte, postsowjetische Regime ohne Blutvergiessen hinweggefegt. Seit 8. Mai amtierte Nikol Paschinjan als neuer Regierungschef. Neuwahlen am 9. Dezember gaben Paschinjans Parteibündnis eine Mehrheit von über 70 Prozent und eine Zweidrittelsmehrheit im Parlament. – In Brasilien wurde der Rechtsaussen-Politiker Jair Bolsonaro im Oktober 2018 zum neuen Präsidenten gewählt. Der frühere Präsident Lula da Silva durfte nicht mehr antreten, da er im Gefängnis sass. Auch Bolsonaros unmittelbarer Vorgänger Michel Temer wurde wegen Korruptionsvorwürfen im Zusammenhang mit der Petrobras-Affäre in Haft genommen. – In Japan ging eine Ära zu Ende: Der im Volk sehr beliebte Kaiser Akihito dankte am 30. April 2019 aus

Altersgründen ab. Tags darauf bestieg sein Sohn Naruhito den Chrysanthementhron.

Katastrophenreiches Jahr

Mehrere Naturkatastrophen erschütterten die Erde. Am 28. September 2018 richtete ein Erdbeben der Stärke 7,5 in der Stadt Palu in Indonesien gewaltige Zerstörungen an und forderte mindestens 1250 Menschenleben. Bei einem Erdbeben auf Lombok kamen gegen 500 Menschen ums Leben, und nach einem Vulkanausbruch und einem Tsunami zwischen Sumatra und Java waren mehr als 400 Opfer zu beklagen. Zwei Flutkatastrophen suchten Moçambique heim: Im März 2019 verwüstete der Wirbelsturm «Idai» das ostafrikanische Land sowie Teile der Nach-

barstaaten Malawi und Zimbabwe, im April sorgte der Zyklon «Kenneth» für Zerstörungen und Tote. – Zwei gravierende Flugzeugabstürze trafen Indonesien und Äthiopien: Am 29. Oktober 2018 stürzte eine praktisch fabrikneue Boeing 737 MAX 8 der Fluggesellschaft Lion Air ins Meer vor der Küste von Java; alle 189 Menschen an Bord fanden den Tod. Ebenfalls kurz nach dem Start verunglückte eine Maschine der Ethiopian Airlines, ebenfalls eine Boeing 737 MAX 8, am 10. März 2019 mit 157 Menschen an Bord in der Nähe von Addis Abeba. Als sich der Verdacht erhärtete, dass beide Flugzeuge wegen eines Fehlers der Software abgestürzt waren, wurde über sämtliche Maschinen des Typs ein Startverbot verhängt.

Blick in die Schweiz

Die Schweiz erlebte insgesamt ein weiteres gutes Jahr. Trotz Unsicherheiten bezüglich der weltweiten Konjunktur konnte die Schweizer Wirtschaft 2018 ein Wachstum von 2,6 Prozent erzielen. Prognosen, die für 2019 eine deutliche Abschwächung der Konjunktur vorher sagten, bewahrheiteten sich nicht. Die Arbeitslosenquote sank bis Ende März 2019 auf 2,5 Prozent und erreichte damit einen Tiefstand.

Auf politischer Ebene war 2018/19 hingegen kein herausra-

gendes Jahr. Keines der drängenden Probleme konnte abschliessend gelöst werden: Das Verhältnis zur EU harrte weiterhin einer Klärung. In der Umweltpolitik blieb unser Land weit hinter den selbst gesteckten Zielen zurück, und bei der Sanierung der Sozialwerke, insbesondere der AHV, kam die Bundespolitik nur kleine Schritte voran.

Wahljahre bieten selten gute Voraussetzungen, um grössere Reformen zum Abschluss zu bringen. 2019 machte da keine Ausnahme.

Quadratur des Kreises

Einzig in der Frage der Unternehmensbesteuerung gab es einen Durchbruch. Im Februar 2017 hatte das Volk ein Reformprojekt an der Urne mit 59 Prozent Nein verworfen. Namentlich von seiten der Linken und Grünen war damals bemängelt worden, die Vorlage nütze nur den grossen Firmen, sei sozial unausgewogen und hinterlasse ein Loch in der Bundeskasse von 2 Milliarden Franken. Andererseits stand die Schweiz unter

Druck, sich in der Frage der Unternehmensbesteuerung internationalen Normen anzupassen. Unter diesen Umständen eine für den Wirtschaftsstandort Schweiz vorteilhafte und zugleich «sozial verträgliche» Lösung zu finden, kam fast der Quadratur des Kreises nahe. Dem Ständerat gelang jedoch ein überraschender Durchbruch: Er verkoppelte die Unternehmenssteuerreform mit einer Zusatzfinanzierung für die AHV in der Höhe von jährlich zwei Milliarden Franken. Der Vorschlag hatte zwar wie manches andere «Päckli» den Mangel, dass es gegen das Prinzip der Einheit der Materie versties (bei Volksinitiativen ein Grund, sie für ungültig zu erklären). Von der SP bis weit in die bürgerlichen Parteien hinein fand die Vorlage in dieser Form jedoch Zustimmung; einzig die Grünen und Grünliberalen sowie Teile der SVP sagten Nein. Am 19. Mai 2019 nahmen die Stimmberechtigten die Vorlage mit 65,6 Prozent Ja gegen 34,4 Prozent Nein an.

Für die AHV bedeutete die Zusatzspritze freilich nur eine vorübergehende Entlastung. 2018 geriet das wichtigste Sozialwerk tief in die roten Zahlen. Insgesamt gab die AHV für Renten 1038 Millionen Franken mehr aus, als sie an Beiträgen einnahm. Im Anlagevermögen der AHV resultierte wegen der Börsenbaisse zusätzlich ein Minus von über einer Milliarde. Eine umfassende AHV-Reform

bleibt wegen der Alterung der Bevölkerung dringend notwendig.

Grünes Umdenken

Nach der Kernkraft-Katastrophe von Fukushima (2011) hatte sich auch die Schweiz in ihrer Energiepolitik ehrgeizige Ziele gesetzt: erstens einen schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie; zweitens eine Abkehr von den fossilen Brennstoffen sowie die Förderung erneuerbarer Energien, und drittens eine Senkung des Energie- und CO₂-Verbrauchs in der Schweiz. Ob sich das letztere Ziel – eine Senkung des Pro-Kopf-Verbrauchs um 13 Prozent bis 2035, bezogen auf das Jahr 2000 – erreichen lässt, erscheint jedoch fraglich. Ende November 2018 lehnte es der Nationalrat ab, zusätzliche Abgaben auf CO₂-Emissionen zu beschliessen, die das Benzin um

mehr als acht Rappen verteuert hätten. Mit den Stimmen der SVP und der FDP lehnte er auch eine Abgabe auf Flugtickets ab. Allerdings zeichnete sich in dieser Hinsicht ein Umdenken ab. In einer internen Umfrage sprach sich eine Mehrheit der teilnehmenden FDP-Mitglieder im Februar 2019 für eine Flugticket-Abgabe aus.

Hintergrund dieses Umdenkens war die Feststellung, dass die Klima- und Umweltfrage zu Beginn des Wahljahrs 2019 in der Bevölkerung plötzlich wieder ins Zentrum zu rücken begann. Seit Februar gingen auch in der Schweiz Tausende von Schülern auf die Strassen, um für griffige Massnahmen zum Klimaschutz zu demonstrieren. Die Bewegung fand in weiten Teilen der Bevölkerung Unterstützung. Bei den Passagierzahlen am Flughafen Zürich schlug sich die neue Anti-Flug-Stimmung in-



Auch in der Schweiz (Bild aus Luzern) gehen zahlreiche Schülerinnen und Schüler zugunsten des Klimaschutzes auf die Strasse.

Bild: Keystone-SDA

dessen kaum nieder. Die höchsten Zuwachszahlen verzeichneten ausgerechnet Jugendliche zwischen 18 und 24 Jahren...

Die Zürcher Kantonsratswahlen gelten im allgemeinen als zuverlässige Stimmungsbarometer im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen. 2019 dürfte keine Ausnahme bilden: Umwelt- und Klimaschutz-Themen prägten den Wahlkampf. Zu den Gewinnern gehörten die Grünliberalen mit einem Zuwachs von 5,3 Prozent (neu 12,9 Prozent) und die Grünen mit einem Zuwachs von 4,7 Prozent (neu 11,9 Prozent). Die grossen Parteien hingegen verloren allesamt Wähleranteile: die SVP 5,5 Prozent (neu 24,5 Prozent), die FDP 1,6 Prozent (neu 15,7 Prozent) und die SP 0,4 Prozent (neu 19,3 Prozent).

Ungelöstes Europa-Problem

Die Ausländer-, die Einwanderungs- und die Europapolitik, welche die SVP in den vergangenen Jahren so erfolgreich bewirtschaftet hatte, verloren im Wahljahr 2019 an Brisanz. Dies erstaunlicherweise trotz der Auseinandersetzungen um ein Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU. Und trotz der anhaltend hohen Einwanderung. Die Zahlen gingen zwar 2018 etwas zurück. Am Ende des Jahres 2018 belief sich der Saldo auf «nur noch» 60 000; im ersten Quartal erhöhte sich die Zuwanderung jedoch wieder, weil weniger Ausländer aus der Schweiz

abwanderten. Ende März 2019 lebten in der Schweiz – ohne Grenzgänger und Asylbewerber – 2,09 Millionen Ausländerinnen und Ausländer; 1,42 Millionen stammten aus EU/Efta-Staaten.

Die Zuwanderung und insbesondere das Personenfreizügigkeitsabkommen blieben damit auf der politischen Traktandenliste. Mit einer Volksinitiative wollte die SVP erreichen, dass die Schweiz die Zuwanderung wieder «eigenständig» regeln sollte. Der Bundesrat und das Parlament lehnten das Begehren kategorisch ab, da damit ein Eckpfeiler der bilateralen Abkommen mit der EU – die Personenfreizügigkeit – zu Fall gebracht würde. Auch würde dadurch auch das angestrebte Rahmenabkommen mit der EU ausser Abschied und Traktanden fallen.

Jahrelang haben Brüssel und Bern um ein solches Abkommen gerungen. Die EU will damit einen Mechanismus herbeiführen, durch den die Schweiz künftig «binnenmarktrelevantes» EU-Recht automatisch übernehmen soll. Knacknuss der Verhandlungen war eben dieser Automatismus: unter welchen Bedingungen die Schweiz ausscheren konnte, wer im Streitfall Schlichtungsinstanz wäre, und schliesslich die Rolle des EU-Gerichtshofes. Unter allen Umständen sollte vermieden werden, dass die Schweiz von «fremden Richtern» abhängig würde. Im Spätherbst 2018 einigten sich die Unterhändler beider Seiten auf

einen Entwurf. Der Bundesrat akzeptierte ihn indessen nicht «tel quel», sondern schickte ihn vorsorglich noch in eine Konsultation bei Parteien und Verbänden. Die SVP machte von Anfang an klar, dass sie ein Abkommen mit der EU ablehnen würde. Eher überraschend legten sich auch die Gewerkschaften und die SP quer, da sie den bestehenden Lohnschutz durch das Rahmenabkommen gefährdet sahen. Zu den Befürwortern zählten namentlich die FDP, die CVP und die Wirtschaft. Aber auch aus diesem Kreis wurden Nachverhandlungen verlangt, da der Entwurf keine Zusicherungen enthielt, dass die Schweiz nicht künftig weitergehendes EU-Recht wie die Unionsbürgerschaft zu übernehmen hätte, die EU-Bürgern einen erleichterten Zugang zum schweizerischen Sozialversicherungssystem gewähren würde.

Um das Verhältnis zu Europa nicht weiter zu belasten, fällten die Schweizer Stimmberechtigten in der Berichtsperiode zwei wichtige Entscheide: Am 25. November 2018 lehnten sie die sogenannte «Selbstbestimmungs-Initiative» («Schweizer Recht statt fremde Richter») mit einem Nein-Anteil von 66,2 Prozent ab. Auch die Umsetzung einer neuen EU-Waffenrichtlinie im Schweizer Waffenrecht wurde mit grossem Mehr (64,0 Prozent Ja) angenommen. Neu sieht das Gesetz eine Pflicht zur Registrierung aller wesentlichen Bestandteile von Waffen vor, ferner An-

passungen bei der Zulassung halbautomatischer Waffen. Dagegen hatte eine «Interessengemeinschaft Schiessen Schweiz» das Referendum ergriffen.

Ebenfalls nach einem Referendum, diesmal von links, sagten die Stimmberechtigten (mit 64,7 Prozent) Ja zu einem Gesetz, das den Behörden im Zweifelsfall die Überwachung von Versicherten mit Langzeitleistungen ermöglicht. – Mehrere Volksentscheide setzten auch Marksteine zur Landwirtschaftspolitik: Am 24. September 2018 lehnten die Stimmberechtigten die «Fairfood-Initiative» (mit 61,3 Prozent Nein) und das Volksbegehren «Für Ernährungssicherheit» (mit 68,4 Prozent Nein) ab. Am 25. November wurde die «Hornkuh-Initiative» mit 54,7 Prozent Nein verworfen, am 10. Februar die sogenannte «Zersiedelungs-Initiative» mit 63,7 Prozent Nein.

Wechsel im Bundesrat

Per Ende 2018 gab es zwei Wechsel im Bundesrat: Ihren Rücktritt erklärten Johann Schneider-Ammann und Doris Leuthard. Leuthard hatte die schweizerische Verkehrs- und Energiepolitik seit 2010 geprägt und in dieser Funktion praktisch alle Volksabstimmungen gewonnen; Schneider-Ammann setzte sich erfolgreich für einen besseren Marktzugang von Schweizer Firmen ausserhalb Europas ein. Am 5. Dezember 2018 wählte die Bundesversammlung die Walli-



Bild: Keystone-SDA

Zwei neue Frauen im Bundesrat: Viola Amherd (links) und Karin Keller-Sutter bei ihrer Vereidigung am 5. Dezember 2018.

ser CVP-Nationalrätin Viola Amherd und die St. Galler FDP-Ständerätin Karin Keller-Sutter neu in den Bundesrat. Amherd übernahm als erste Frau die Leitung des Verteidigungsdepartements (VBS), Keller-Sutter die Führung des Justizdepartements (EJPD). Die bisherige Justizministerin Simonetta Sommaruga wechselte an die Spitze des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements. Die beiden neuen Mitglieder setzten umgehend eigene Akzente in ihren Ressorts: Unter Karin Keller-Sutter wurde im Asylbereich eine deutlich restriktivere Linie eingeleitet als unter ihrer Vorgängerin (so insbesondere gegenüber Migranten aus Eritrea); Viola Amherd verschaffte sich mit der Neu-Aufgleisung der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge Respekt im bisher stark männerdo-

minierten VBS. Dank dem Ausscheiden von zwei der drei ranghöchsten Offiziere erhielt sie auch personell die Möglichkeit für einen Neuanfang an der Armeespitze: Armeechef Philippe Rebord erklärte per Ende 2019 aus gesundheitlichen Gründen seinen Rücktritt; Ausbildungschef Daniel Baumgartner musste als Folge einer üblen Spesenaffäre zurücktreten; er wurde auf eigenen Wunsch auf den Militärattaché-Posten in Washington versetzt. – Unter Druck geriet auch Bundesanwalt Michael Lauber, nachdem bekanntgeworden war, dass er sich dreimal mit Fifa-Präsident Gianni Infantino getroffen hatte. Dass über diese Treffen keinerlei Protokoll oder Aktennotiz existierte, wurde auch von der Aufsichtskommission über die Bundesanwaltschaft scharf kritisiert.